

An die Lokalredaktion



41812 Erkelenz

Erkelenz, den 28.09.2021

Pressemitteilung der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Erkelenz

Grüne lenken Fokus auf das Leben in den Braunkohledörfern

In der kommenden Sitzung des Braunkohleausschusses bringen die Grünen erneut in mehreren Anträgen die Lebensverhältnisse in den bedrohten Dörfern auf die Tagesordnung.

Erkelenz. „Wir stehen im regelmäßigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dörfern“, erklärt der grüne Fraktionssprecher Hans-Josef Dederichs. „Unser Ziel ist es, dass sich das Leben in den Orten so normal wie möglich gestaltet und die dort noch immer lebenden Menschen mit ihren Anliegen auch im Rat der Stadt Erkelenz Gehör finden.“ Auf Wunsch der Bürgerinnen und Bürger haben die Grünen nun Anträge zu Alltagsproblemen eingebracht, für die es in anderen Erkelenzer Ortsteilen sicher keinen Bedarf für Ratsbeschlüsse gibt.

So geht es um die Prüfung seitens der Stadt, ob bis zur endgültigen Entscheidung über den Erhalt der Dörfer die vorläufige Aufbewahrung der Urnen zukünftig Versterbender vor Ort möglich sei. Eine Möglichkeit könne die Herz-Jesu-Kapelle bieten, betont Dederichs. Ein weiterer Antrag betrifft die Ortschaft Berverath, wo sich Bürgerinnen und Bürger über anhaltenden Gestank aus dem Mischwasserkanal beschweren und regelmäßige Spülungen desselben beantragen. Aus Keyenberg wurde der Wunsch an die Grünen herangetragen, dass durch Schilder an den Ortseingängen auf die noch verbliebenen Bewohnerinnen und Bewohner hingewiesen werden soll. Der Hintergrund ist durchaus ernst, wie die Grüne Ratsfrau und Mitverfasserin der Anträge, Britta Kox betont: „Aus Keyenberg erreichen uns immer wieder Berichte über einen regelrechten Zerstörungstourismus, nächtliche Verkehrsverstöße und zunehmende Respektlosigkeiten gegenüber den dort lebenden Menschen.“ Auch hier hoffen die Grünen auf schnelles Handeln seitens der Stadt und des Energieunternehmens RWE Power. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Menschen in den fünf Ortschaften Lebensqualität einbüßen und in Gefahr gebracht werden“, lautet ihr Fazit. Weitere Anfragen der Grünen beziehen sich auf den Straßenbau im Tagebauegebiet.

Einen wichtigen Erfolg können die Grünen mit ihrem Antrag auf eine Anpassung der Entschädigungssummen verbuchen. Wie die Umsiedlungsbeauftragte der Landesregierung, Margarte Kranz mitteilte, wurde die von den Grünen beantragte Ergänzung der Revierweiten Regelung von der Bezirksregierung Köln veröffentlicht. Fraktionssprecher Hans Josef Dederichs kündigte an, dass in Gesprächen mit Umsiedlern geprüft werden soll, ob diese Anpassung auskömmlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Josef Dederichs
Fraktionsvorsitzender

Beate Schirrmeister-Heinen
Stellv. Fraktionsvorsitzende